

Stadtelternrat der Kindertagesstätten in Braunschweig

Stadtelternrat der Kindertagesstätten in Braunschweig
C/o Gerald Kühn, Karlstraße 76, 38106 Braunschweig
Tel.: 0160 84 65 56 0, gerald_kuehn@t-online.de

Braunschweig, den 06. Mai 2012

Eltern wollen für Ihre Kinder einen auf ihre Lebenssituation abgestimmten, qualitativ hochwertigen Betreuungsplatz und dies möglichst kostenfrei.

Dies ist die Meinung der Eltern! Die Umsetzung ist Aufgabe der (bürgernahen) Verwaltung. Da die Länder und der Bund jedoch nicht ausreichend Gelder zur Verfügung stellen, muss die Kommune durch ihre Jugendhilfe einspringen.

Daher war der Stadtelternrat der Kitas vor der Kommunalwahl 2011 gegen eine komplette Abschaffung der Betreuungsentgelte (siehe: Stellungnahme des Stadtelternrates der Kindertagesstätten zur Abschaffung der Gebühren für den Kindergarten). Denn es war schon zu diesem Zeitpunkt absehbar, dass durch den Krippenausbau und den damit verbundenen Rechtsanspruch ab 2013, die nachgegliederten Betreuungsbereiche (Kita (3-6jährige) und Schulkindbetreuung) ebenfalls davon betroffen sein würden. Und zwar durch eine höhere Nachfrage von Ganztagsplätzen im Bereich der Kita und durch eine erhöhte Nachfrage im Schulkindbereich. Dies kostet Geld! „Kinderfreundliche Politik nimmt nicht Rücksicht auf die Meinung der jetzigen Wähler“ (BZ vom 25.06.2010) war denn auch vor der Kommunalwahl der Slogan der Verwaltungsspitze. Noch am 13.05.2011 lautete die Überschrift in der Braunschweiger Zeitung „Oberbürgermeister lehnt die Senkung der Kita-Gebühren ab. Mehr Angebote und bessere Qualität und gleichzeitig eine Senkung der Kindertagesstättenentgelte – das geht nicht, das ist nicht zu bezahlen“ (BZ vom 13.05.2011) gab er vor der Wahl bekannt.

Trotzdem beschloss der Rat der Stadt Braunschweig mit den Stimmen von CDU (incl. des OBs), FDP und der Linken am 28.06.2011 die Abschaffung der Kindergartengebühren für 3 bis 6 jährige Kinder. Im Jugendhilfeausschuß hieß es seitens der CDU und FDP, dies sei aufgrund der hohen zusätzlichen Steuereinnahmen möglich, und es handelt sich hierbei um einen ersten Schritt, die Kinderbetreuung zu verbessern. Es verwundert den Stadtelternrat der Kitas daher sehr, dass jetzt die CDU-Fraktion den Vorstoß von Herrn Markurth begrüßt. „Der Rat der Stadt hatte letztes Jahr die Vermutung, dass die Beitragsfreiheit genau dem ganz überwiegenden Willen der Eltern entsprechen würde...“ (Pressemitteilung der Stadt Braunschweig vom 28.04.2012) so der Sozialdezernent Markurth. Besinnt man sich nun darauf den Elternwillen, der vor der Wahl nicht von Interesse war, zu ergründen? Oder fehlt jetzt doch das Geld für einen bedarfsgerechten Ausbau? Einen Austausch mit dem Stadtelternrat der Kitas, der seit Jahren ein fehlendes schlüssiges, zukunftsweisendes Konzept anprangert, hat es bis dato zu diesen Fragen nicht gegeben. Die Umfrage „*Kinderfreundliches Braunschweig? Realität oder Fiktion?*“ wurde vom Pressesprecher als nicht repräsentativ dargestellt und als nicht mit der Meinung der Eltern zu verwechseln dargestellt. Ähnliche Umfrage der Braunschweiger Zeitung; gleiche Ergebnisse. Nur 8,39 % der befragten Leser wünschen sich als erstes eine Gebührenfreiheit von Betreuungsplätzen, jedoch

Stadtelternrat der Kindertagesstätten in Braunschweig

19,70 % mehr Betreuungsplätze (BZ vom 2. Mai 2012). Knapp 20 % Prozent wünschen sich also mehr Betreuungsplätze, also nicht die Mehrheit, wie würde man mit den Ergebnissen in einer Umfrage umgehen? Welche alternativen Konzepte stehen zur Abstimmung?

Wenn bedarfsgerechte Plätze nur durch die Wiedereinführung eines Entgeltes geschaffen werden können, dann sollte dies die Verwaltung (im Sinne des Ausspruchs des Oberbürgermeisters: „Kinderfreundliche Politik nimmt nicht Rücksicht auf die Meinung der jetzigen Wähler“) dem Rat vorschlagen. Der Stadtelternrat hofft, dass der neu gewählte Rat dann nicht aufgrund einer Vermutung sondern aufgrund der Verantwortung für unsere Kinder und deren Zukunft entscheiden wird.

Der Stadtelternrat wehrt sich dagegen, durch die Befragung den Schwarzen Peter auf die Eltern abzuschieben!

Politik hat verantwortlich zu entscheiden, die Verwaltung muss konsequent umsetzen!

Die *UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen* fordert überdies die Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Bildungssystems auf allen Ebenen für alle Menschen! Bezogen auf die Kinderbetreuung heißt dies, es müssen genügend bedarfsgerechte Plätze für alle vorhanden sein!



Gerald Kühn
für den geschäftsführenden Vorstand des
Stadtelternrates der Kitas in Braunschweig